

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 8. November 1989

am Donnerstag, dem 9. November 1989

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Frau Dr. Däubler-Gmelin (SPD)	18	Dr. Kübler (SPD)	3, 25
Dr. Daniels (Regensburg) (DIE GRÜNEN)	4, 5	Dr. Müller (CDU/CSU)	32
Duve (SPD)	20, 21	Oostergetelo (SPD)	30
Eigen (CDU/CSU)	28, 29	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	31
Dr. Emmerlich (SPD)	15, 16	Steiner (SPD)	17, 36
Graf (SPD)	19	Stiegler (SPD)	7, 24
Heistermann (SPD)	34, 35	Frau Vennegerts (DIE GRÜNEN)	37, 38
Dr. Hirsch (FDP)	13, 14	Frau Walz (FDP)	6, 33
Dr. Jens (SPD)	8, 9	Dr. Weng (Gerlingen) (FDP)	1, 2
Kirschner (SPD)	11, 12	Frau Würfel (FDP)	10
Dr. Knabe (DIE GRÜNEN)	26, 27	Dr. Wulff (CDU/CSU)	22, 23

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	5
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	6
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	8
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	8

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

1. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)
Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine wie auch immer geartete Kopplung der Entscheidung über die Trassenführung der Deutschen Bundesbahn-Neubaustrecke Köln/Rhein — Main an Überlegungen bezüglich der Magnetschnellbahn TRANSRAPID nicht sachgerecht ist?
2. Abgeordneter
Dr. Weng
(Gerlingen)
(FDP)
Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine schnellstmögliche Entscheidung über die Trassenführung der Deutschen Bundesbahn-Neubaustrecke Köln/Rhein — Main sinnvoll ist, und wann wird die Bundesregierung diese Entscheidung treffen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

3. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
Wird die Bundesregierung bei ihren Gesprächen mit der Autoindustrie zur Verringerung des Benzinverbrauchs feste Zielvorgaben für „Flottenverbrauchswerte“ machen, und zwar sowohl zur Höhe des Benzinverbrauchs als auch zum Zeitpunkt der Einführung der entsprechenden Flottenverbrauchswerte, und wird die Bundesregierung dies ordnungspolitisch durchsetzen?
4. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)
Welche Mengen Uranerz sollen aus Menzenschwand und Ellweiler in der CSSR aufbereitet werden, und welche Mengen an radioaktiven Isotopen werden dabei frei werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

5. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)
Bis wann wird die Bundesregierung die Wärmeschutzverordnung für Neubauten verschärfen, wie sie es im BMFT-Journal vom Oktober 1989 empfiehlt, und denkt sie dabei die Werte auf die Höhe der schwedischen Baunormen zu heben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

6. Abgeordnete
Frau Walz
(FDP)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß zur Ausschöpfung der deutlich gestiegenen Möglichkeiten, Leukämie durch Knochenmarkübertragungen zu heilen, ein Register potentieller Knochenmarkspender erforderlich ist, da nur etwa 30 % der Patienten geeignete Spender in der eigenen Familie haben, und inwieweit ist sie bereit, sich an dem Aufbau eines solchen Registers zu beteiligen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

7. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie ist der derzeitige Stand der Beratungen zum neuen Umwelthaftungsrecht, und bis wann ist mit einer Regierungsvorlage zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

8. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Auflagen von Bundesminister Dr. Hausmann bei der Mammutfusion Daimler-Benz/MBB durch Verschiebung von Aufträgen, dazu gehört z. B. die Vergabe eines Entwicklungsauftrages für eine Infrarotkamera an Telefunken System-Technik, Hamburg, sowie der Auftrag für den Raketenwerfer „RAM“ an die Mütter von MBB bzw. AEG und nicht mehr an MBB-Marinetechnik in Bremen, wie ursprünglich vorgesehen, ausgehöhlt werden?
9. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen, daß auf diese Art und Weise die nach den Auflagen zu verkaufenden Teile des MBB-Konzerns vorher von der Muttergesellschaft Daimler-Benz/MBB „ausgeschlachtet“ und wirtschaftlich unattraktiv gemacht werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit**

- | | |
|--|--|
| 10. Abgeordnete
Frau
Würfel
(FDP) | Kann die Bundesregierung mitteilen, ob das Bundesgesundheitsamt ein Gutachten zu dem Antrag der Tabakindustrie auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung für den schwedischen Mundtabak in portionierter Form erarbeitet und an das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit weitergeleitet hat? |
| 11. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) | Welche konkreten Auswirkungen wird der Gemeinsame Europäische Markt ab 1993 auf dem Arzneimittelsektor (Zulassung) nach Auffassung der Bundesregierung mit sich bringen? |
| 12. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) | Gibt es Bestrebungen nach einer Harmonisierung des Arzneimittelrechts auf europäischer Ebene? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

- | | |
|---|---|
| 13. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) | Wann genau wird die Bundesregierung das Ratifizierungsverfahren zu den Zusatzabkommen zum Genfer Protokoll einleiten? |
| 14. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) | Ist es zutreffend, daß die Sowjetunion das Zusatzprotokoll ohne die sogenannte atomare Vorbehaltsklausel ratifiziert hat, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus? |
| 15. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD) | Aus welchen Gründen ist der Antrag von Frau T. A., verheiratet mit dem seit 1976 in der Bundesrepublik Deutschland lebenden und seit 1988 eine Aufenthaltsberechtigung innehabenden M. A. A., auf Erteilung eines Sichtvermerks von der deutschen Botschaft in Islamabad bis heute nicht beschieden worden? |
| 16. Abgeordneter
Dr. Emmerlich
(SPD) | Trifft es zu, daß die Ausländerbehörde der Stadt Osnabrück bereits mit Schreiben vom 21. Juni 1988 und erneut mit Schreiben vom 13. Juli 1988 die Zustimmung zur Erteilung des Sichtvermerks erteilt hatte? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

17. Abgeordneter
Steiner
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, das Bundesbesoldungsgesetz dahin gehend zu ändern, daß, wie schon einmal gehabt, eine Regelung geschaffen wird, wonach Beamten, die ein höherwertiges Amt mehr als ein Jahr wahrnehmen, danach eine ruhegehaltsfähige Zulage in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem verliehenen Amt und dem ausgeübten Amt zu zahlen ist?
18. Abgeordnete
**Frau
Dr. Däubler-Gmelin**
(SPD)
- Trifft es zu, daß noch immer geprüft wird, ob den nach Namibia entsandten Grenzschutzbeamten, die dort seit September unter schwierigsten Umständen im Rahmen des UNTAG-Polizeikontingents Dienst tun, nunmehr nach mehr als einem Monat eine Waschmaschine zur Verfügung gestellt werden kann, und wenn ja, hat die Dauer ihren Grund in einer – gegebenenfalls in welcher – besonderen Schwierigkeit und Kompliziertheit der auf den ersten Blick einfach erscheinenden Frage?
19. Abgeordneter
Graf
(SPD)
- Kann die Bundesregierung garantieren, daß die – selbstverständlich positive – Entscheidung, ob den nach Namibia entsandten deutschen Grenzschutzbeamten eine Waschmaschine zur Verfügung gestellt wird, getroffen und vollzogen wird, bevor die deutschen Grenzschutzbeamten nach Erfüllung ihres Auftrags wieder in die Bundesrepublik Deutschland zurückgekehrt sind?
20. Abgeordneter
Duve
(SPD)
- Trifft es zu, daß an einer Ausbildungseinheit des Bundesgrenzschutzes in Lübeck Beamte nicht nur Mitglieder in der Partei „Die Republikaner“ sind, sondern sogar Parteifunktionen wahrnehmen und an ihrem Arbeitsplatz Werbung für diese rechtsradikale Gruppierung machen (Zeitschrift „Tempo“, Oktoberheft), und wie bewertet die Bundesregierung dies?
21. Abgeordneter
Duve
(SPD)
- Was will die Bundesregierung unternehmen, um den Bundesgrenzschutz vor dem Verdacht in Schutz zu nehmen, Mitglieder der „Republikaner“ könnten versuchen, den Bundesgrenzschutz zu unterwandern?
22. Abgeordneter
Dr. Wulff
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wann mit der Aufhebung der Visumpflicht für Staatsangehörige der Republik Ungarn für eine Einreise in die Bundesrepublik Deutschland zu rechnen ist und welche etwaigen Hindernisse noch entgegenstehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

23. Abgeordneter
Dr. Wulff
(CDU/CSU)
- Werden durch die Bundesvermögensverwaltung auf dem Grundeigentum der Bundesrepublik Deutschland Jagdrechte vergeben, wenn ja, an welche Personen?
24. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wird die Bundesregierung die Laufzeit von § 82 a der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung über den jetzigen Zeitraum hinaus verlängern, und bis wann ist mit einer entsprechenden Initiative auf dem Verordnungswege zu rechnen?
25. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Wie hoch sind die Manöverschäden, die durch die Bundeswehr und die NATO-Verbündeten im Bundesgebiet von 1976 bis 1988 verursacht worden sind, und zwar aufgeschlüsselt nach Jahren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

26. Abgeordneter
Dr. Knabe
(DIE GRÜNEN)
- Inwieweit trifft es zu, daß die Bundesregierung bei der Bekanntgabe der diesjährigen Waldschadenserhebung – voraussichtlich am 9. November 1989 – die bisherige Schadstufe 1 nur noch als Vorwarnstufe gelten lassen und nicht mehr mit den Schadstufen 2 bis 4 zusammenfassen will, und aus welchem Grund will die Bundesregierung die bisherige Schadstufe 1 nicht mehr in die Kategorie geschädigter Bäume aufnehmen?
27. Abgeordneter
Dr. Knabe
(DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß der bundesdeutsche Wald 1989 nicht zu 53 % – wie nach bisheriger Berechnungsgrundlage –, sondern nur noch zu 15,9 % geschädigt sein wird, und findet danach das Waldsterben ab 1989 nicht mehr statt?
28. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften eine Erhöhung der Reports für Getreide durchzusetzen, da durch die Anhebung des Diskontsatzes die Kosten für die Lagerung bei weitem nicht mehr gedeckt werden?

- | | |
|--|--|
| 29. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) | Welche Agrarprodukte werden beim Import in die USA behindert und mit welchen Maßnahmen? |
| 30. Abgeordneter
Oostergetelo
(SPD) | Wie stellt sich die Bundesregierung die Umsetzung der Verordnung zur Einführung vorübergehender landwirtschaftlicher Einkommensbeihilfen (VO [EWG] Nr. 768/89) in der Bundesrepublik Deutschland vor, und wieviel Bundesmittel hat sie hierfür eingeplant, nachdem die längst überfälligen Durchführungsbestimmungen nunmehr in Brüssel verabschiedet werden sollen? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

- | | |
|---|---|
| 31. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD) | Beabsichtigt die Bundesregierung eine Änderung oder Ergänzung des § 37 (2) SGB V, durch die es den Krankenkassen untersagt werden soll, in ihrer Satzung Umfang und Dauer der Leistung häuslicher Krankenpflege zur Sicherung des Zieles der ärztlichen Behandlung zu beschränken, und falls nein, welche Maßnahmen wird die Bundesregierung statt dessen ergreifen, damit zukünftig verhindert wird, daß todkranke Menschen aus der Solidargemeinschaft als Pflegefälle ausgeschlossen werden? |
| 32. Abgeordneter
Dr. Müller
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, wie hoch der Anteil der von Lohnpfändungen Bedrohten unter den Arbeitslosen ist? |
| 33. Abgeordnete
Frau Walz
(FDP) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß Kliniken mit entsprechenden Fachabteilungen von ihren Möglichkeiten zu Knochenmarkübertragungen nicht voll Gebrauch machen können, weil es an Personal fehlt? |

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

- | | |
|---|---|
| 34. Abgeordneter
Heistermann
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß Beamte der Bundeswehrverwaltung nach Übertragung höherwertiger Aufgaben mehr als zwei Jahre auf die ihnen zustehende Beförderung warten müssen? |
|---|---|

35. Abgeordneter
Heistermann
(SPD) Welche Maßnahmen sind seitens der Bundesregierung vorgesehen, um diese seit Jahren bestehende Ungerechtigkeit zu beseitigen?
36. Abgeordneter
Steiner
(SPD) Warum ist die Bundesregierung in Kenntnis der unzumutbaren Beförderungswarteschlangen bei den Beamten der Bundeswehrverwaltung im mittleren, gehobenen und höheren Dienst nicht bereit, die Obergrenzen des gesetzlichen Stellenkegels voll auszuschöpfen?
37. Abgeordnete
Frau Vennegerts
(DIE GRÜNEN) Wie erklärt die Bundesregierung die Tatsache, daß Unterlagen über die Art der an den Iran vergebenen Lizenz zur Fertigung des G3-Gewehres „nur noch teilweise vorhanden“ sein sollen, obwohl beispielsweise die Anlage zur G3-Fertigung von der bundeseigenen Firma Fritz Werner im Iran errichtet und die Lizenz zur Herstellung des Schnellfeuergewehrs von der Bundesregierung selbst vergeben wurde?
38. Abgeordnete
Frau Vennegerts
(DIE GRÜNEN) Gemäß welcher gesetzlich relevanten Vorgabe und mit welchen real wirksamen Kontrollinstrumenten beabsichtigt die Bundesregierung, indirekte Endverbleibsregelungen bei Lizenzvergaben im Kleinwaffenbereich zu überwachen (vgl. Drucksache 11/5399), wenn der Endverbleib gemäß den gesetzlich irrelevanten politischen Grundsätzen von 1982 lediglich „anzustreben“ ist und „ausschließlich der Verantwortung des Exportlandes“ unterliegt (vgl. Drucksache 11/1336)?

Bonn, den 3. November 1989

